

Liebe Aktive bei den Unabhängigen Frauen Freiburgs,

wir möchten Ihnen auf Ihre Fragen ausführlich antworten, denn es sind große Themen und wir können ihnen in einer kurzen Antwort auf Facebook nicht gerecht werden. Daher hier noch eine ausführlichere Antwort.

Pascal Blank und ich, Imke Pirch, arbeiten eng zusammen und stimmen in unseren Forderungen und Positionen zu diesem Themen überein.



Was wir als DIE LINKE. tun werden für:

**Gleicher Lohn!**

**Altersarmut verhindern!**

**Sichere Abtreibung!**

**Sexualisierte Gewalt stoppen – überall!**

**Grenzen öffnen für Menschen – schließen für Waffen!**

**Klima schützen!**

Liebe Mitstreiter:innen,

ja Mitstreiter:innen, weil wir all diese Ziele genau so, wie Sie sie aufgelistet haben, auch erreichen wollen.

Zuallererst und grundlegend müssen wir das Wahlrecht für die Landtagswahlen reformieren. Mit dem aktuellen Wahlrecht erreichen wir nie ein repräsentatives Parlament, in dem Anliegen, die besonders Frauen\* betreffen, ausreichend vertreten sind. Wir fordern eine Listenwahl mit zwei Stimmen und einer paritätischen Besetzung. Das das nicht schon längst umgesetzt wurde, ist nicht nachvollziehbar. Denn wer für die Gleichberechtigung von Frauen\* und Männern\* ist hätte hier nicht zögern dürfen.

Denn aktuell ist Baden-Württemberg Schlusslicht, was das Thema Gleichberechtigung angeht. Die Lohnlücke zwischen Männern\* und Frauen\* beträgt 25%. Der Unterschied bei der Rente ist so hoch, wie in keinem anderen Bundesland und resultiert unter anderem aus der Gender-Pay-Gap. Die Zahl der Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen ist gestiegen und davon sind überproportional viele Frauen\* betroffen. Frauen\* arbeiten häufiger in Careberufen und übernehmen häufiger unbezahlte Sorgearbeit. In der Pandemie wurde diese oft unsichtbare Arbeit plötzlich sichtbar. Wir müssen verhindern, dass sie wieder in den Hintergrund verschwindet. Ich selbst (Imke) engagiere mich deshalb auch bei der Initiative Platz für Sorge, die von der Partei DIE LINKE. unterstützt wird.

Gleicher Lohn heißt nicht nur gleicher Lohn zwischen Männern\* und Frauen\*, sondern auch von Angestellten innerhalb eines Betriebes, deshalb muss dringend die Tariftreue ausgeweitet werden. Das Tariftreuegesetz muss endlich verschärft werden, sodass es keine „Kann-Regelung“ ist, wie es die SPD zuletzt vorgeschlagen hat, sondern ein Muss für alle öffentlichen Aufträge.

Das Land darf kein schlechtes Vorbild sein. Deshalb darf es bei öffentlichen Aufträgen keine Befristung ohne Sachgrund geben. Ein Beispiel ist die Universität, an der gelten muss Dauerstelle bei Dauerauftrag. Der landesspezifische Mindestlohn muss auf 13€ angehoben werden.

Soziale Berufe müssen deutlich mehr verdienen. Sie werden überwiegend von Frauen ausgeführt. Wenn wir hier ansetzen, ist das nicht nur ein Schritt zum Schluss der Lohnlücke, sondern auch ein Zeichen, dass wir nicht nur da investieren, wo Unternehmen größere Profite machen können, sondern auch da, wo sich Menschen direkt für das Gemeinwohl einsetzen.

Frauen\* übernehmen den größten Teil der unentlohnten Carearbeit. Wenn sie ihre Erwerbsarbeit reduzieren oder aussetzen, um sich um Angehörige und/ oder Kinder zu kümmern, darf ihnen daraus kein Nachteil entstehen. Eine Rückkehr in den Beruf muss zugesichert sein und um die Sorgearbeit gerecht zu verteilen müssen auch steuerliche Fehlanreize behoben werden.

Wir als DIE LINKE. setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass keine Rente unter 1200€/Monat liegt. Die Rente muss den Lebensstandard sichern! Jeder und jede soll spätestens ab 65 in Rente dürfen. Alle zahlen in die gesetzliche Rente ein, auch Abgeordnete und Beamte (Erwerbstätigenversicherung).

Gegen Armut hilft es auch, wenn man nicht einen Großteil seines Einkommens für die Miete aufbringen muss. Bezahlbarer Wohnraum für alle. Wir wollen 70.000 neue, energieeffiziente Wohnungen/ Jahr in Baden-Württemberg bauen, davon müssen 30.000 sozial geförderte Wohnungen sein. Wir lehnen Privatisierung von landeseigenen Wohnungen ab, wie es unter Rot-Grün zugelassen wurde. Wir möchten Wohnprojekte und Mehrgenerationen Wohnen fördern. Wir fordern einen Mietendeckel und ein Mietenmoratorium für die nächste 6 Jahre.

Die Abtreibungsparagraphen 218 und 219 verhindern die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von Frauen\* und müssen ersatzlos gestrichen werden. Jeder schwangere Mensch sollte das Recht haben, allein und ohne staatliche Bevormundung oder Belehrungsversuche über sich und den eigenen Körper zu entscheiden. Das Angebot der freiwilligen Beratung muss ausgebaut werden. Plankrankenhäuser sollen dazu verpflichtet werden, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, damit eine wohnortnahe Versorgung sichergestellt werden kann. Diese Forderungen stellt DIE LINKE. seit langem auf Bundesebene.

Hier in der Region wollen wir Beratungsstellen für Frauen\* ausbauen. Die Istanbul Konvention ist immer noch nicht vollständig umgesetzt. Es fehlen im Land über 2000 Frauenhausplätze, und in neun Landkreisen gibt es keine Fachberatungsstelle für Frauen, die von Gewalt betroffen sind. Wir fordern, dass Frauen- und Kinderschutzhäuser und Frauenberatungsstellen vollständig öffentlich finanziert werden. Frauenhilfestruckturen müssen zur kommunalen Pflichtaufgabe werden.

Wir setzen auf Prävention und Sensibilisierung gegenüber Sexismus und Frauenfeindlichkeit. So müssen auch Behörden und Polizei geschult werden. Auch sexistischer Werbung muss verboten werden.

Gewalt an Frauen\* erleiden auch Sexarbeiter:innen. Niemand darf zu Sexarbeit gezwungen werden. Wir brauchen Aus- und Umstiegsangebote, die den Ausstieg nicht erzwingen und die in mehreren Sprachen angeboten werden. Ausstiegswohnungen und Schulungen für die Polizei und Justiz.

DIE LINKE. ist die Friedenspartei. Wir lehnen Rüstungsexporte und Rüstungsindustrie ab. Wir dürfen nicht selbst an Fluchtursachen beteiligt sein, ob durch Ausbeutung, Umweltverschmutzung oder Waffenexporte. Dieser Mitverantwortung müssen wir uns bewusst sein und uns zur Förderung des Friedens und Bekämpfung der Fluchtursachen einsetzen.

Soziale Gerechtigkeit und Humanität kann nicht innerhalb von Ländergrenzen gedacht werden. Wir müssen Geflüchtete aufnehmen und dürfen sie nicht an den europäischen Außengrenzen abprallen und sterben lassen. Wir setzen uns für ein Landesaufnahmeprogramm ein und dafür, dass Baden-Württemberg sicherer Hafen wird. Keine Abschiebungen aus Baden-Württemberg! Dies soll auch für die Minderheiten der Roma und Sinti gelten. Das Land soll einen Winterabschiebestopp erlassen und diesen auch bundesweit bewirken. Das Konzept der „sicheren Herkunftsländer“ lehnen wir ab und Geflüchteten müssen auch in den Landeserstaufnahmestellen die Grundrechte zugesichert werden.

Den Klimawandel zu stoppen ist mitunter die größte Herausforderung unserer Zeit. Wir erkennen die Dringlichkeit und sind vermutlich, wie viele anderen Menschen darüber enttäuscht, was dahingehend in den letzten 10 Jahren in unserem Land und Bundesland passiert bzw. Nicht passiert ist. Wir setzen uns das Ziel bis 2035 klimaneutral zu werden und unsere Vision ist die Klimapositivität zu erreichen, indem wir Innovationen dahingehend fördern werden. Unser Ziel ist hoch gesteckt, aber erreichbar, wie Studien bestätigen (s. Wuppertal Institut – FFF). Dazu müssen wir zu 100% auf erneuerbare Energien umstellen, eine Mobilitätswende und Agrarwende zügig umsetzen. Im Rahmen der Energiewende müssen wir unter anderem landeseigene Häuser energieeffizient sanieren, Neubauten müssen mit Photovoltaik ausgestattet sein. Bzgl. der Verkehrswende wurde viel Zeit vertan. Wir fordern massive Investitionen in den Ausbau des ÖPNV und eine Hierarchieumkehr im Straßenverkehr zum Nachteil der Autofahrer:innen und zum Vorteil der Fußgänger:innen und Fahrradfahrer:innen. Die Kommunen müssen für diese Verkehrswende finanziell und personell ausreichend unterstützt werden und können z.B. durch eine Nahverkehrsabgabe, die wie in Frankreich von Unternehmen bezogen wird, ihren Haushalt stärken. DIE LINKE. denkt immer aus der Sicht der finanziell schlechter aufgestellten Menschen und Arbeitnehmer:innen. Wir benötigen eine Transformation, die den Beschäftigten ermöglicht diese mitzugehen. Für die Automobilindustrie benötigen wir daher ein Konversionsprogramm mit einem Weiterbildungsfond, der es auch kleineren Betrieben ermöglicht ihren Mitarbeiter:innen Weiterbildungsangebote zu machen. Es muss gelten Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich vor Entlassungen. Die Rechte der Betriebsräte wollen wir daher stärken. Mehr Demokratie und politische Beteiligung in Form von einem Branchenrat (Gewerkschaft, Politik, Unternehmen, Umweltverbände, ... ) wird helfen, die verschiedenen Anliegen mitzudenken. Für die Landwirtschaft benötigen wir Förderprogramme, die echte Anreize schaffen, um zu einer 100-prozentig ökologischen Landwirtschaft zu gelangen. Auch hier müssen wir alle Entscheidungen auf die Wahrung der sozialen Gerechtigkeit hin überprüfen. Unsere Ziele sind hoch gesteckt, aber mit dem nötigen politischen Willen erreichbar. Dafür muss sich mehr von Profitinteressen gelöst werden und das Gemeinwohl ins Zentrum des Handelns gestellt werden. Diese Themen berühren uns emotional, was unsere Engagement dafür befeuert. Pascal und ich möchten dieses Engagement im Landtag einsetzen.

Wir verbleiben mit mit vielen freundlichen Grüßen,  
Imke Pirch und Pascal Blank